

28.06.2013

Niederschrift

Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie

am 27.05.2013 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal II/III | Friedrich-Ebert-Straße
17 | 59425 Unna

Beginn 16:00 Uhr

Ende 17:10 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Jochen Nadolski-Voigt

Kreistagmitglieder SPD

Frau Christel Ciecior

Herr Hartmut Ganzke

Herr Jens Hebebrand

Frau Claudia Isenberg

Frau Ursula Lindstedt

Herr Gerd Oldenburg

Sachkundige Bürger/innen SPD

Frau Eleonore Köth-Feige

Herr Siegfried Pogadl

Herr Klaus-Peter Winkler

Kreistagmitglieder CDU

Herr Michael Blandowski

Herr Helmut Krause

Herr Gerhard Meyer

Frau Elke Middendorf

Frau Ursula Sopora

Sachkundige Bürger/innen CDU

Herr Michael Wißmann

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Hans-Ulrich Bangert

Kreistagmitglieder FDP

Frau Heike Schaumann

Sachkundige Bürger/innen FDP

Herr Rainer Seepe

Kreistagmitglieder DIE LINKE.

Herr Werner Sell

Kreistagmitglieder FWG

Herr Helmut Stalz

Kreistagmitglieder GFL

Herr Helmut Rosenkranz

Gäste

Frau Iris Lehmann, Wohnberatung/psychosoziale Begleitung, Ökumenische Zentrale Schwerte

Verwaltung

Herr Rüdiger Sparbrod, Dezernent

Herr Norbert Diekmännken, Fachbereichsleiter

Frau Sabine Leiß, Stabsstellenleiterin

Frau Birgit Scholz, Schriftführerin

Herr Nadolski-Voigt begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|----------------|--------|---|
| Punkt 1 | | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner |
| Punkt 2 | | Kreis Unna inklusiv - auf dem Weg zu einer inklusiven Verwaltung;
Antrag der CDU-Fraktion zur DS 132/12: Einrichtung eines Behindertenbeirates -
mündlicher Bericht |
| Punkt 3 | | Jahresbericht Wohnberatung/Psychosoziale Beratung und Begleitung (PSB) - Be-
richterstattung durch die Träger |
| Punkt 4 | 020/13 | Neuorganisation der Pflegeberatung, Wohnberatung sowie der Psychosozialen
Beratung und Begleitung (PSB) |
| Punkt 5 | 081/13 | Jobcenter Kreis Unna;
regelmäßiger Controlling- und Statistikbericht |
| Punkt 6 | 055/13 | Wohngeldempfänger als Anspruchsberechtigte beim Sozialticket einbeziehen -
Antrag der SPD-Fraktion vom 10.04.2013 |
| Punkt 7 | 080/13 | Bildungs- und Teilhabegesetz: Umsetzung kreisweit einheitlicher Gewährung aller
Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 10.05.2013 - |

Punkt 8 076/13 Richtlinien des Kreises Unna über die Gewährung angemessener Unterkunfts-kosten nach § 22 SGB II und § 35 SGB XII

Punkt 9 069/13 Zuschuss zur Unterstützung modellhafter Sozialarbeit

Punkt 10 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

Punkt 11 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

**Punkt 2 Kreis Unna inklusiv - auf dem Weg zu einer inklusiven Verwaltung;
Antrag der CDU-Fraktion zur DS 132/12: Einrichtung eines Behindertenbeirates - mündlicher Bericht**

Erörterung

Frau Leißer berichtet anhand einer Folienpräsentation, welche dieser Niederschrift als Anlage 1 beigefügt wird. Zur Folie 3 teilt Frau Leißer mit, dass alle farblich unterlegten Felder die Bereiche darstellten, in denen Menschen mit Behinderungen einbezogen würden. Zurzeit werde an einer Drucksache für den nächsten Kreisausschuss gearbeitet.

Herr Meyer äußert, dass die CDU-Fraktion den Bericht zur Kenntnis genommen habe, entsprechende Beratungen durchführe, um sich dann zur gegebenen Zeit äußern zu können.

Frau Köth-Feige schlägt vor, dass der jeweilige Sprecher des Fachbeirates Inklusion zukünftig zu jeder Kreistagssitzung eingeladen werden sollte.

Der Vorsitzende, Herr Nadolski-Voigt, begrüßt diesen Vorschlag, eine Entscheidung treffe aber der Ältestenrat bzw. der Landrat.

**Punkt 3 Jahresbericht Wohnberatung/Psychosoziale Beratung und Begleitung (PSB)
- Berichterstattung durch die Träger**

Erörterung

Frau Lehmann berichtet anhand von Folien, welche dieser Niederschrift als Anlage 2 beigefügt sind. Zum Jahresbericht 2012 der PSB im Kreis Unna teilt sie mit, dass neben den regelmäßigen Sprechstunden in

Lünen-Mitte, Lünen-Gahmen, Lünen-Brambauer, Selm, Bönen, Kamen, Schwerte und Holzwickede, der Presseberichterstattung und der Verteilung von Flyern und Informationsbroschüren, die Stellen der PSB die auf Folie 3 aufgeführten Aktionen durchgeführt hätten. Im vergangenen Jahr hätten die Ehrenamtlichen der Besuchsdienste 3.068 Stunden ihre jeweiligen Bezugspersonen aufgesucht, in der Regel einmal wöchentlich. Gerade hier, im Bereich des ehrenamtlichen Engagements, zeige sich der Nährwert der freien Wohlfahrtspflege. Zum Einen läge dieser in der langjährigen Erfahrung der Arbeit mit Freiwilligen und zum Anderen würden die Ressourcen der Träger die Einbindung in das Gemeinwesen ermöglichen.

Zur Folie 4 teilt sie mit, dass sich auch hier der Nährwert der freien Wohlfahrtspflege zeige. Wenn es darum ginge, an die Menschen heranzukommen, die noch von keinem anderen Dienst erreicht worden und selber auch zum großen Teil nicht in der Lage wären, sich dieser Hilfe zu erschließen, dann sei es hilfreich, wenn die Wohlfahrtspflege auf ein breites Netz an Ehrenamtlichen (Kirchengemeinden, Ortsvereine) zurückgreifen könne. Diese würden dann entsprechende Botschaften vermitteln und weitergeben, dass voraussichtlich jemand Hilfe benötige. Des Weiteren zeige sich, dass es trotz der vielen Dienste die der Kreis Unna im Bereich der Altenpflege vorhalte, immer noch Personenkreise gebe, die durchaus auf zeitintensivere Unterstützungsleistungen angewiesen seien.

In Bezug auf Folie 5 führt Frau Lehmann aus, dass die Zahlen durch den hohen Anteil an nichtpflegebedürftigen Personen zeigten, dass PSB sich auch im Zeitalter der zugehenden Beratung durch die Pflegekassen und die Pflegestützpunkte noch nicht überholt hätte.

Frau Lehmann teilt mit, dass es für Aussagen zur Effektivität des Beratungsangebotes (Folie 6) seit 2002 jährlich eine standardisierte Nachschau bei den Personen durchgeführt würde, die bei der Kontaktaufnahme mit der PSB von einer Heimunterbringung bedroht gewesen wären.

Zum Jahresbericht 2012 der Wohnberatung (ab Folie 8) teilt Frau Lehmann mit, dass dieser Bericht die Arbeit von drei Trägern zusammenfasse. Dabei handele es sich um die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen mit Sitz in Lünen, den Verein Neues Wohnen im Alter mit Sitz in Kamen und die ökumenische Zentrale mit Sitz in Schwerte. Diese drei Träger hätten im letzten Jahr ein flächendeckendes Angebot im Kreis Unna sichergestellt. Auch wenn es sich bei der Wohnberatung, genauso wie bei der PSB, schwerpunktmäßig um eine zugehende Beratung handele, spiele die Frage der Bekanntheit und Verankerung vor Ort bei beiden Diensten eine große Rolle. Von den Erstkontakten seien 89 Prozent über die eigene Öffentlichkeitsarbeit zustande gekommen und von den begleiteten Anpassungsmaßnahmen immerhin noch 42 Prozent. Aufgrund personeller Veränderungen sei die Beratungsstelle in Lünen zurzeit überwiegend unbesetzt, nur montags würde eine Kollegin die laufenden Fälle abarbeiten. Dennoch hätte es bisher erst eine Beschwerde gegeben, es hätte ein Bürger um einen Hausbesuch gebeten. Auch vom Lünener Pflegestützpunkt, den Lünener Pflegediensten oder den Multiplikatoren habe es keine Nachfragen gegeben. Daraus könne aber mit Sicherheit nicht der Schluss gezogen werden, dass es im gesamten Nordkreis keinen Wohnberatungsbedarf gebe, sondern daran zeige sich vielmehr, dass es keinen Bedarf gebe, wenn man nicht kontinuierlich in der Öffentlichkeit präsent sei und sich in die vorhandenen Netzwerke einbinde. Rund sieben Prozent der Kunden seien Mieter von Wohnungsgesellschaften. Im Mittel- und Südkreis sei es bereits häufig so, dass die Wohnungsgesellschaften ihre Anpassungsmaßnahmen im Wohnungsbestand selbstständig durchführten.

Frau Lehmann erläutert zur Folie 16 „Kosten-Nutzen-Analyse Kreis Unna“, dass nicht jeder Ratsuchende ein Sozialhilfeempfänger sei. Wenn es nur 18 Personen gelingen würde, sich durch die Nutzung eines Badewannenlifters, eines Duschstuhls oder einer ebenerdigen Dusche, ein Jahr lang selbstständig zu waschen, ohne den Sozialhilfeträger mit Kosten zu belasten, dann hätte sich die Wohnberatung für den Kreis Unna schon rentiert.

Frau Lehmann bedankt sich abschließend im Namen aller Träger für die Unterstützung in den vergangenen Jahren. Gleichzeitig bringe sie das Bedauern darüber zum Ausdruck, dass es noch nicht gelungen sei, eine

einvernehmliche Lösung für die Neuorganisation der Beratungsangebote im Kreisgebiet zu finden. Es bestünde die Hoffnung, dass in dem Gespräch am kommenden Montag ein gemeinsamer Vorschlag erarbeitet werden könne.

Auf Nachfrage von Herrn Bangert zur Folie 12 „Altersgruppen“ antwortet Frau Lehmann, dass es unter der Altersgruppe „bis 40 Jahre“ noch eine Differenzierung gebe. Es gebe ca. fünf bis sechs Kinder zwischen einem und zehn Jahren. Die nächste Stufe verteile sich dann auf 20 bis 40 Jährige.

Auf Nachfrage von Herrn Stalz teilt Frau Lehmann mit, dass es in der Beratungslandschaft durchaus Dinge gebe, die optimiert werden könnten. Als freie Träger hätten sie Sorge davor, dass bei einem Wegfall des Bezuges zu den Kommunen und dem Einsatz einer zentralen Stelle, dass dadurch wichtige Zugangswege verloren gingen. Es habe bereits Gespräche mit der Verwaltung gegeben, wie eine Organisation stattfinden könnte.

Punkt 4 020/13 Neuorganisation der Pflegeberatung, Wohnberatung sowie der Psychosozialen Beratung und Begleitung (PSB)

Erörterung

Herr Sparbrod teilt mit, dass in der letzten Woche ein interfraktionelles Gespräch geführt worden sei, unter Beteiligung der Träger der ganzen Beratungslandschaft. Für den kommenden Montag sei ein erneuter Gesprächstermin vereinbart worden. Aufgrund des noch zu führenden Gespräches solle es heute zu keinem Empfehlungsbeschluss kommen, sondern abschließend im Kreisausschuss und Kreistag behandelt werden solle. Nach dem Gespräch in der kommenden Woche werde er die Fraktionen entsprechend informieren und dann müssten die Vorbereitungen getroffen werden, notfalls auch in einer abgeänderten Drucksache für den Kreisausschuss und Kreistag.

Herr Ganzke weist darauf hin, dass die Verwaltung keine Drucksache unbedingt durchboxen möchte, sondern sie zeige in den Gesprächen mit den Akteuren, dass sie eine Beratung optimieren möchte, die bereits jetzt schon innerhalb von Nordrhein-Westfalen und bundesweit an der Spitze stünde. Das heute kein Empfehlungsbeschluss getroffen werde, sei ein Zeichen, dass die Zeit bis zur Sitzung des Kreistages am 18.06.2013 genutzt werde, um eine Entscheidung treffen zu können, bei der alle Beteiligten von einer guten Entscheidung für die Beratungslandschaft sprechen könnten.

Frau Schaumann könne sich inhaltlich Herrn Sparbrod und Herrn Ganzke anschließen und bittet um eine zeitnahe Information, damit genug Zeit bliebe, innerhalb der Fraktion beraten zu können.

Herr Sparbrod teilt daraufhin mit, dass direkt nach dem Gespräch eine Ergänzungsdrucksache angelegt werde und in die Fraktionen gegeben werde. Der endgültige Beschluss erfolge dann im Kreisausschuss bzw. im Kreistag.

Herrn Bangert sei wichtig, dass neben den finanziellen Aspekten der Einsparung die inhaltlichen Vorteile klar würden.

Herr Sparbrod antwortet, dass die einzelnen Punkte, die neuen Überlegungen, in der Drucksache gut dargestellt worden seien. Es gebe überall Veränderungen, in der Beratungslandschaft, die verpflichtend für die Pflegekassen vorgesehen seien. Daraus würden sich wiederum Auswirkungen auf die hiesige Beratungslandschaft ergeben. Auf der anderen Seite ginge es darum, eine einheitliche Versorgung hinzubekommen und daher werde versucht, sich auf einer Linie verständigen zu können. In dem neuen Landespflegegesetz

Beschluss

s. Antrag

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen (Antrag SPD-Fraktion, Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Punkt 7 080/13 Bildungs- und Teilhabegesetz: Umsetzung kreisweit einheitlicher Gewährung aller Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes - Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 10.05.2013 -

Erörterung

Herr Bangert erläutert den von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestellten Antrag.

Frau Schaumann wundere sich über den Antrag, da wir in einem Rechtsstaat leben und alle Kommunen dem gleichen Rechtssystem unterworfen seien und somit auch gleich handeln sollten. Die FDP-Fraktion stimme zu, dass der Landrat innerhalb der Bürgermeisterkonferenz einen entsprechenden Hinweis gebe.

Herr Sparbrod teilt mit, dass dieser Punkt auf der nächsten Tagesordnung zur Bürgermeisterkonferenz stünde. Es handele sich um ein rechtliches Problem und man warte ohnehin auf eine neue gesetzliche Regelung. Sobald das Gesetz verabschiedet sei, gehe die Fallbearbeitung in die Zuständigkeit des Kreises über. Zwischen den Ländern existiere eine gemeinsame Rechtsauslegung, so dass es keine Ermessensentscheidungen mehr gebe und daher sei es auf die Tagesordnung der Bürgermeisterkonferenz gesetzt worden. Die rechtliche Wertung läge ihm als kurzer Vermerk vor und diese wird der Niederschrift als Anlage 3 beigefügt.

Herr Meyer ergänzt, dass die Rechtsprechung in eine bestimmte Zielsetzung gehe und dass der Gesetzgeber in diesem Jahr bzw. Anfang nächsten Jahres auf dieser Linie weiter verfahren werde und somit sei der Landrat gut damit beraten, in diesem Sinne einzuwirken.

Herr Bangert führt aus, dass Kinder nicht darunter leiden dürften, wenn bei einer Gesetzesverabschiedung wichtige Details vergessen würden.

Herr Sparbrod ergänzt, dass es in der Tat so sei, für den einen Personenkreis SGB XII hätte eine Regelung stattgefunden, dort sei sofort § 2 Asylbewerberleistungsgesetz dabei gewesen. Für den anderen Personenkreis ist eine Gesetzesänderung vorbereitet und werde in Kürze verabschiedet.

Eine Abstimmung erfolgt nicht, da dieser Punkt bereits auf der Tagesordnung zur Bürgermeisterkonferenz stünde.

Punkt 8 076/13 Richtlinien des Kreises Unna über die Gewährung angemessener Unterkunftskosten nach § 22 SGB II und § 35 SGB XII

Erörterung

Herr Diekmännken erläutert die Drucksache und führt aus, dass das Ziel erreicht sei und es läge nun ein schlüssiges Konzept und damit auch ein grundsicherungsrelevanter Mietspiegel vor. Damit würden auch die Vorgaben des Bundessozialgerichtes erfüllt. Er weist darauf hin, dass in dieser Auswertung 38.893 Mietwer-

te eingeschlossen worden seien und er glaube, dass es im Kreis Unna eine Mietwerterhebung in diesem Umfang bisher noch nicht gegeben hätte.

Herr Nadolski-Voigt bedankt sich bei der Verwaltung sowie den Projektbegleitern und teilt mit, dass man damit auch zukünftig etwas anfangen könnte. Er fragt nach, wie es zurzeit mit den Kosten der Unterkunft aussähe, ob eine Hochrechnung vorläge.

Herr Sparbrod teilt mit, dass dem Controlling- und dem Budgetbericht entsprechende Daten entnommen werden könnten. Im Budgetbericht sei die Hochrechnung auf das Jahresende fixiert worden und es lägen Abweichungen nach oben, in negativer Form, vor. Es müsse geschaut werden, was sich noch auf dem Arbeitsmarkt ergebe und daher würde das Thema im Unterausschuss des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Familie intensiver behandelt.

Herr Diekmännken ergänzt, dass die Steigerungen auch Gründe hätten. Jeder wüsste, dass es unter anderem jährliche Regelbedarfserhöhungen, jährliche Nachzahlungen bei den Betriebs-/Heizkosten gebe. Dies gepaart mit einem schlechten Arbeitsmarkt führe zu Konsequenzen die zunächst einmal so hingenommen werden müssten.

Eine Abstimmung zum Empfehlungsbeschluss wurde nicht vorgenommen.

Punkt 9 069/13 Zuschuss zur Unterstützung modellhafter Sozialarbeit

Beschluss

Der Verein Leuchtturm e.V. in Schwerte erhält einen einmaligen zweckgebundenen Zuschuss in Höhe von 1.000 € zur Anschaffung von spielpädagogischem und gestalttherapeutischem Material zur Unterstützung der Trauerarbeit mit Kindern und Jugendlichen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 10 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen ergeben sich nicht.

Anlagen

1. Folienpräsentation zum Punkt 2 "Kreis Unna inklusiv" – Bericht Frau Leiße
2. Folienpräsentation zum Punkt 3 „Jahresbericht Wohnberatung/PSB“ – Bericht Frau Lehmann
3. Vermerk zur rechtlichen Wertung (Punkt 7 „Bildungs- und Teilhabepaket“)

gez. Jochen Nadolski-Voigt
Vorsitzender

gez. Birgit Scholz
Schriftführerin